

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

Menschen auf der Flucht



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm

Geschäftsleiter Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

108 Millionen Menschen mussten letztes Jahr ihre Heimat verlassen. Sie flohen vor Panzern, Bomben, Morddrohungen, verminten, vertrockneten oder überfluteten Äckern; und sie haben oft mit wenigen Habseligkeiten ihr Zuhause verlassen. Sie suchen Schutz und eine bessere Zukunft. Es sind harte Schicksale: mit kleinen Kindern frierend an einer Grenze stehen und davon abhängig sein, dass ein Land seine Grenze öffnet und eine fremde Gesellschaft eine*n aufnimmt.

Viele dieser Menschen stammen aus Ländern, in denen Solidar Suisse tätig ist. Die Zahlen sind eindrücklich: elf Millionen Vertriebene aus der Ukraine, über drei Millionen aus Afghanistan, zwei Millionen innerhalb von Burkina Faso, eine Million aus Myanmar, 850 000 in Moçambique.

Während ich diesen Text verfasse, denke ich an zwei Menschen aus unserem Finanzteam, die gerade neben mir ihrer Arbeit nachgehen. Yuliya Chepelyeva kommt aus Altschewsk nahe Luhansk. 2014 floh sie vor der russischen Besatzung nach Kyjiw. Unfassbar, dass Yuliya 2022 schon wieder vertrieben wurde, diesmal mit der ganzen Familie, und sie das Schicksal in die Schweiz brachte. Mahmood Shafaq wiederum arbeitete für das Schweizer Kooperationsbüro in Kabul und musste nach der Machtübernahme durch die Taliban mit seiner Familie Hals über Kopf fliehen, mit zwei Kleinkindern und einem zweimonatigen Baby.

Ich bin sehr froh, die beiden bei uns zu wissen, in Sicherheit und als nicht mehr wegzudenkenden Teil des Solidar-Teams. Danke, Yuliya und Mahmood, für euren grossen Einsatz, damit wir viele weitere Menschen, die auf der Flucht sind, begleiten und unterstützen können.

Felix Gnehm

INHALT

04



Im Fokus – Menschen auf der Flucht

- 04 Geflüchtete suchen Schutz vor Konflikten und Katastrophen: unter grossen Risiken und mit ungewissem Ausgang.
- 08 Seit mehr als sechs Jahren leben aus Myanmar geflohene Rohingya in den überfüllten Lagern Bangladeschs – und eine Lösung ist nicht in Sicht.
- 09 Armut ist für die meisten Migrant*innen aus Zentralamerika der Grund, warum sie die gefährliche Reise in die USA antreten.
- 10 In Burkina Faso unterstützt Solidar Suisse sowohl Binnenvertriebene als auch die aufnehmenden Gemeinschaften.
- 11 Im bosnischen Bihac warten Geflüchtete in selbstgebastelten Unterkünften auf die Gelegenheit, über die EU-Grenze zu kommen.
- 12 Benafsha Efaf ist sechs Wochen nach der Machtübernahme der Taliban in die Schweiz geflohen. Wie hat sie die Aufnahme hier erlebt?

13 Festgehalten

17 Kolumne

18 Sudoku & Medienschau

19 Mitkämpfen & Impressum

20 Petition *ck Friday**



14 Hingeschaut

Ein Report von Solidar Suisse zeigt, dass Elektronikprodukte in Schweizer Läden unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellt werden.

30 Jahre Solidar Suisse Bolivien: eine Zusammenarbeit mit nachhaltigen Auswirkungen auf die Gesellschaft.



16 Anpacken

Svitlana Dubyna, Geschäftsleiterin der ukrainischen Solidar-Partnerorganisation Vis, setzt sich in der Kriegssituation gegen genderspezifische Gewalt und Diskriminierung ein.

IM FOKUS - MENSCHEN AUF DER FLUCHT





Die SOS Humanity bei der Rettung von Geflüchteten in Seenot auf dem Mittelmeer.

Immer mehr Menschen flüchten – unter grossen Gefahren und mit ungewissem Ausgang: im eigenen Land, über die nächste Grenze, oder sie nehmen monatelange Reisen in andere Kontinente auf sich. Solidar Suisse bietet ihnen Schutz und unterstützt die Aufnahmegesellschaften, um ein würdiges und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

GEFLÜCHTETE BRAUCHEN SCHUTZ

*Text: Vera Haag Arbenz, Leiterin Humanitäre Hilfe,
Fotos: Max Cavallari und Katya Moskalyuk,
Cartoon: Steve Sack*

Im vergangenen Jahr waren laut UNHCR 108 Millionen Menschen auf der Flucht. Das waren 19 Millionen mehr als 2021. Der Hauptgrund für diesen Anstieg war der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, aber auch andere Konflikt- und Krisenherde, beispielsweise in Syrien, Afghanistan oder der Sahel-Region. Es waren Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere Menschen, die internationalen Schutz benötigten. Sie wurden aufgrund von Kriegen, Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Armut oder den Auswirkungen der Klimakrise gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Etwa 70 Prozent der Menschen, die aufbrachen, fanden Zuflucht in Nachbarländern, beispielsweise in Bangladesch, Pakistan oder der Türkei.

Risikoreiche Flucht – unsichere Aufnahme

Obwohl es zahlreiche Gründe gibt, weshalb Menschen flüchten und sich damit grossen Risiken wie Gewalt, Hunger, Ausbeutung oder gar Todesgefahr aussetzen, haben nicht alle gleich gute



Perspektiven für eine Aufnahme im Zielland. Unter den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention fallen Menschen, die in ihrem Heimatland aufgrund von «Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung» persönlich verfolgt werden (oder eine begründete Angst vor persönlicher Verfolgung haben). In diesem Fall besteht ein verbrieftes Recht auf Einreise und Aufenthalt in einem sicheren Staat. Menschen, die nicht persönlich verfolgt werden, denen jedoch bei einer Rückkehr schwerwiegende Konsequenzen drohen, z. B. aufgrund eines Krieges oder Konflikts, sind international gemäss dem Non-Refoulement-Prinzip geschützt und gelten in vielen Ländern als Schutzbedürftige mit Flüchtlings- oder ähnlichem Status. In der Schweiz werden sie nur vorläufig aufgenommen.

Frauenspezifische Fluchtgründe

Frauen und Mädchen sind vielerorts zusätzlichen Gefahren ausgesetzt, die sie in die Flucht treiben, so etwa Zwangsheirat, drohende Genitalverstümmelung, Gewalt im Namen der Ehre, sexuelle Übergriffe und häusliche Gewalt.

Das Schweizer Asylrecht verpflichtet die Behörden, frauenspezifischen Fluchtgründen Rechnung

zu tragen. In der Praxis wird jedoch der Verfolgung aufgrund von Gender oder sexueller Orientierung zu wenig Rechnung getragen. Oft werden die Schilderungen der Betroffenen, die von traumatischen Erfahrungen geprägt sind, als wenig glaubhaft abgetan. Auch diesbezüglich besteht in der Schweiz grosser Handlungsbedarf.

Klimakrise verschärft die Lage

Der Klimawandel, der sich in vielen Ländern des Globalen Südens durch extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, langanhaltende Dürren, Hitzewellen oder Stürme zeigt, wird zu einem zunehmend wichtigen Fluchtgrund. Die klimatischen Veränderungen können zu einer Verknappung von Ressourcen führen, insbesondere von Wasser und Ackerland. Wirtschaftliche Unsicherheit und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Dies kann bestehende politische, ethnische oder religiöse Spannungen verschärfen. Wie Regierungen auf klimabedingte Herausforderungen reagieren, führt manchmal auch zu Konflikten. So sind immer mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, weil sie von Naturkatastrophen betroffen sind oder aufgrund der veränderten klimatischen Bedingungen ihre Existenzgrundlage verloren haben. Diese sogenannten «Klimaflüchtlinge» suchen oft Zuflucht in benach-

In einem Safe Space der Solidar-Partnerorganisation Vostock in Khust in der Westukraine knüpfen Frauen und Mädchen Kontakte und erwerben neue berufliche Fähigkeiten.

barten Ländern, was dort wiederum den Druck auf knappe Ressourcen erhöhen kann. 2022 haben 32,6 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Naturereignissen verlassen müssen, schätzt das Internal Displacement Monitoring Centre.

Gefährliche Abschottungspolitik

Auch auf der Flucht sind Menschen mit zahlreichen Gefahren konfrontiert: Auf den unsicheren Routen drohen Wassermangel, Hunger, Krankheiten, und Flüchtende sind Angriffen schutzlos ausgesetzt. Allzu oft werden sie auch Opfer von moderner Sklaverei wie Zwangsarbeit, Zwangsprostitution oder Menschenhandel. Weil legale Migrationswege nach Europa fehlen, nehmen sie grosse Risiken in Kauf.

Während weltweit mehr und mehr Menschen flüchten müssen, schottet sich Europa ab und drängt die Schutzsuchenden auf immer gefährlichere Fluchtwege. So sind die Themen Migration und Zuwanderung wieder hochaktuell. Diesen September kamen mehr als zehntausend Bootsflüchtlinge auf Lampedusa an. Laut Schätzungen der International Organization for Migration sind seit 2014 zwischen Libyen, Tunesien, Italien und Malta mehr als 28 000 Menschen bei der Flucht auf seeuntauglichen Booten ums Leben gekommen. Die Dunkelziffer ist weitaus höher. Deshalb unterstützt Solidar Suisse SOS Humanity dabei, Menschen vor dem Ertrinken zu retten (siehe Seite 13).

An Land wie auf See kommt es an den EU-Ausgangsgrenzen ausserdem regelmässig zu sogenannten Pushbacks, bei denen die Geflüchteten brutal und völkerrechtswidrig an der Einreise gehindert werden.

Solidar unterstützt Geflüchtete

In Bosnien und Herzegowina bietet Solidar Suisse Geflüchteten Lebensmittelgutscheine und psychosoziale Beratung an, damit sie sich das Notwendigste kaufen können und mit ihrer unsicheren Lebenssituation besser fertig werden.

Auch in Rumänien haben wir unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskriegs begonnen, ukrainischen Geflüchteten mit Bargeld, Lebensmittelgutscheinen und psychosozialer Beratung zu helfen. Aktuell unterstützen wir in der Ukraine Binnenvertriebene aus dem Osten des Landes, vor allem Frauen und Kinder, mit Bargeld und psychosozialer Beratung (siehe Seite 16). In Bangladesch versuchen wir, die Situation der Rohingya, die 2017 aus

Myanmar vertrieben wurden, zu verbessern (siehe Seite 8). In Burkina Faso stärken wir Gemeinden im ländlichen Raum, die klimatischen Schocks ausgesetzt und aufgrund der angespannten Sicherheitslage zunehmend Zufluchtsort für Binnenvertriebene geworden sind (siehe Seite 10). In Pakistan erhalten afghanische Geflüchtete und Familien, die sie bei sich aufnehmen, Lebensmittel und weitere notwendige Güter für den täglichen Bedarf. Schliesslich haben wir nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei syrische Geflüchtete mit Lebensmitteln und weiteren dringend benötigten Gütern versorgt.

Vielschichtige Arbeit

Auch darüber hinaus sind wir im Rahmen unserer Arbeit auf unterschiedlichste Weise mit dem Thema Flucht konfrontiert. Dabei achten wir darauf, dass humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aufeinander abgestimmt sind und sich ergänzen. In der längerfristigen Zusammenarbeit wirken wir auf wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen hin, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Ziel ist dabei nicht, dass alle stets dort bleiben, wo sie herkommen, sondern dass die Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten und eigene Entscheidungen treffen können.

Kriege, Konflikte, Armut und der Klimawandel werden auch in den kommenden Jahren Menschen zur Flucht zwingen. Wir tragen mit unserer Arbeit dazu bei, dass Menschen auf der Flucht ihre Grundbedürfnisse decken können und ihre Rechte gestärkt werden. Wir fördern ein friedliches Zusammenleben von Geflüchteten und der lokalen Bevölkerung, auch wenn die Ressourcen knapp sind.

«Wir haben ihn mitgebracht, damit es die Leute kümmert, was mit uns geschieht.»



EINE VERGESSENE KRISE

Bereits seit mehr als sechs Jahren hausen aus Myanmar geflüchtete Rohingya in den überfüllten Lagern Bangladeschs – und eine Lösung ihrer prekären Situation ist nicht in Sicht.

Text: Sabrina Mayoufi, Programmverantwortliche Humanitäre Hilfe, Foto: Solidar Suisse



Farida Begum knüpft Fischernetze, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Mit 40 000 Menschen pro Quadratkilometer sind die Lager in Cox's Bazar einer der überfülltesten Orte unseres Planeten. «Fast eine Million Rohingya stecken hier fest: Ihre Kinder haben kaum Zugang zu Schulbildung, sie dürfen nicht arbeiten, und um das Lager zu verlassen, brauchen sie eine Bewilligung der Lagerleitung», erzählt Solidar-Landeskoordinator Muhammad Amanullah. «Dazu kommt, dass die Gegend häufig von Wirbelstürmen heimgesucht wird und immer wieder Feuer ausbrechen. Im März dieses Jahres traf es zum Beispiel 16 000 Geflüchtete.» Und alle Hoffnung auf eine Lösung zerschlagen

sich: In Myanmar droht ihnen dieselbe Gewalt wie jene, vor der sie geflohen sind, und die Situation in den Lagern wird immer schlimmer.

Hunger und Verzweiflung

Die Lage der Rohingyas ist zu einer weiteren vergessenen Krise geworden: So musste das Uno-Welter-nährungsprogramm die monatliche Nahrungsmittelration dieses Jahr wegen Unterfinanzierung bereits zweimal kürzen: im März von zwölf auf zehn und im Juni auf acht Dollar für eine Person, das heisst auf 27 Cent pro Tag. Denn vom Geld, das laut UNHCR notwendig ist, wurde bis im Juni dieses Jahres lediglich ein Viertel bereitgestellt. Das heisst, die wegen des Arbeitsverbots von der Nahrungsmittelhilfe abhängigen Menschen hungern, Krankheiten grassieren, und die Verzweiflung nimmt zu. So hat sich die Zahl derer, die sich mit behelfsmässigen Booten ins Meer wagen, seit Anfang Jahr mehr als verdreifacht. Viele sind auf hoher See ertrunken, andere wurden Opfer von Menschenhandel.

Es braucht eine nachhaltige Lösung

«Die Rohingya können nicht so weiterleben», sagt Muhammad Amanullah. «Es ist an der Zeit, dass sie die Chance erhalten, soziale Beziehungen in Bangladesch aufzubauen.»

Solidar hat in Cox's Bazar bisher über hunderttausend Menschen unterstützt, unter anderem mit Unterkünften, Feuerschutzmaterial, Küchenutensilien und der Einrichtung von Gemüsegärten, damit sie sich selbst versorgen können. Zum Beispiel Farida Begum, die 2017 aus Myanmar geflohen ist, weil ihr Haus niedergebrannt und ihre Schwester ermordet wurde. Nach einem Training stellt sie Fischernetze her, die sie manchmal verkaufen kann. «Dann kann ich mir etwas zu essen besorgen», erzählt die 57-Jährige. «Ausserdem habe ich Saatgut erhalten und baue nun in meinem kleinen Garten Kartoffeln, Papaya und Kürbis an, um mich selber zu versorgen.»

Amanullah bedauert die begrenzten Möglichkeiten der Unterstützung. «Wir können lediglich versuchen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Was sie aber wirklich brauchen, ist eine nachhaltige Lösung und die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen.»



Ihre Spende wirkt

Für 53 Franken erhält eine Person Material zur Biokompost-Herstellung, damit sie einen Komposthandel aufbauen kann. 89 Franken ermöglichen den Kauf von Saatgut und Setzlingen für den Start einer Gemüsezucht. Mit 122 Franken kann das Material zum Fischernetz-Knüpfen zur Verfügung gestellt werden, um einen Fischernetz-Laden zu eröffnen.

GEFÄHRLICHE FLUCHT AUS DER HOFFNUNGSLOSIGKEIT

Armut ist für die überwiegende Mehrheit der Migrant*innen aus Zentralamerika der Grund, warum sie die gefährliche Reise in die USA antreten.

Text: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität, Foto: Solidar Suisse

Aus El Salvador, Guatemala und Honduras sind ständig Schreckensnachrichten zu hören von Tausenden, die auf dem Weg in die USA sterben. Die Menschen in Zentralamerika wissen von alten und neuen Mauern – zum Beispiel der schwimmenden Mauer auf dem Rio Bravo – und haben die Jagd auf Migrant*innen in YouTube-Videos gesehen. Es werden Millionen Dollars ausgegeben, um die sogenannte «irreguläre Migration» zu verhindern. Und trotzdem haben sich bis 2022 vier Millionen Menschen auf den Weg gemacht.

Kaum legale Möglichkeiten

2021 hat das Welternährungsprogramm Menschen aus 5000 Haushalten in El Salvador, Guatemala und Honduras zum Thema Migration befragt. 92 Prozent gaben an, dass sie aufgrund von Armut die gefährliche Reise antreten. Die grosse Mehrheit mit den USA als Ziel. Sie suchten Arbeit und ein Einkommen, um ihre eigene und die Existenz ihrer zurückgebliebenen Familien zu sichern. Mehr als zwei Drittel waren Männer. Viele Frauen blieben also mit ihren Kindern alleine zurück, ohne zu wissen, ob deren Väter das Ziel erreichen und dort zumindest die finanzielle Verantwortung für die Familie übernehmen würden.

Über die Hälfte heuerte Schlepper*innen an, ein Fünftel machte sich auf eigene Faust auf die Reise. Ganze Familien verkauften oder verpfändeten fast ihren gesamten Besitz, um die elf Milliarden Dollar

aufzubringen, die in den letzten fünf Jahren für die Flucht in den Norden ausgegeben wurden. Doch die Hoffnung, durch diese Investition der Armut zu entkommen, zerschlägt sich für viele: Nur 13 Prozent der Zurückgebliebenen gaben an, dass sich ihre Lage dank der Migration ihrer Angehörigen verbessert hat. Für gut die Hälfte ist sie gleichgeblieben, und für knapp ein Drittel hat sie sich sogar verschlechtert. Und dies, obwohl die Überweisungen der Migrant*innen in den drei Ländern zwischen 19 und 26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

Zerschlagene Hoffnungen

Mit anderen Worten: In der Hoffnung, der Armut zu entkommen, investieren arme Familien viel in die Migration. Doch tatsächlich ist diese ein sehr risikoreiches Unterfangen. Während einige Arbeit finden und Geld zurückschicken können, bedeutet sie für andere sogar eine Verschlechterung. Dies kann sich wieder ändern, wenn die Schulden zurückgezahlt sind. Die Situation der Zuhausegebliebenen kann sich aber auch dauerhaft verschlechtern, etwa wenn die*der migrierte Familienangehörige unterwegs stirbt, eine dauerhafte Behinderung erleidet oder bei der Ankunft am Zielort beschliesst, die im Land zurückgelassene «Last der Verantwortung» zu vergessen.

Die Partnerorganisationen von Solidar Suisse sind in allen drei Ländern mit den Auswirkungen

der erzwungenen Migration auf das soziale Gefüge konfrontiert. Sie stehen vor der Herausforderung, eine relevante und angemessene Antwort auf die Probleme vor Ort zu bieten. Mit Ausbildungen und Startbeiträgen unterstützen sie Jugendliche dabei, kleine Unternehmen zu gründen und sich eine Lebensgrundlage aufzubauen. So können sie Perspektiven entwickeln und haben eine Alternative zur gefährlichen Reise gen Norden.

Jugendliche in El Salvador beim Training, das sie befähigt, ein Catering aufzubauen.



ZUSAMMENLEBEN TROTZ SCHWIERIGER BEDINGUNGEN

In Burkina Faso unterstützt Solidar Suisse sowohl Binnenvertriebene als auch die aufnehmenden Gemeinschaften dabei, ihre Existenz zu sichern.

Text und Bild: Sébatou Nabaloum, Kommunikationsverantwortliche und Blaise Some, Projektleiter in Burkina Faso



Safoura Ouermi fritiert Krapfen und verkauft sie auf dem Markt.

«Ich musste mit meiner Familie fliehen und alles zurücklassen», erzählt Safoura Ouermi. Die Mutter von vier Kindern stammt aus Titao, einer Gemeinde im Norden Burkina Fasos nahe der Grenze zu Mali.

Wie Safoura Ouermi sind inzwischen zwei Millionen Menschen wegen der Sicherheitskrise im Land intern vertrieben worden. Dies hat viele Bäuer*innen in die Armut gestürzt und zu einer Ernährungskrise geführt, denn rund 85 Prozent der burkinischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft.

Das Solidar-Projekt «RESICOM» unterstützt sowohl die Binnenvertriebenen als auch die lokale Bevölkerung, damit sie ihre Produktion steigern können, Arbeitsmöglichkeiten erhalten und sich besser verständigen können. Solidar Suisse führt das Projekt, zusammen mit SOS Sahel International Burkina Faso und zwei lokalen Partnerorganisationen durch, als Mandat der königlichen dänischen Botschaft.

Bessere Produktionsmethoden

Auch Safoura Ouermi wurde in Produktionstechniken geschult. Sie erhielt eine Parzelle, um einen Gemüsegarten anzulegen, sowie Werkzeug und Saatgut. «In Titao habe ich selbst Krapfen gemacht und verkauft. Dank des Projekts konnte ich die Produktion wieder aufnehmen», erzählt sie mit einem Strahlen im Gesicht.

Der Verkauf der Krapfen auf dem Markt ermöglicht ihr ein kleines Zusatzeinkommen, von dem sie etwas sparen kann für Unvorhergesehenes. «Mit meinem Verdienst trage ich zur Ernährung, Gesundheitsversorgung und Bildung meiner Kinder bei», sagt Safoura Ouermi stolz. Ausserdem hat sie – zusammen mit ihrem Mann – eine Schafzucht begonnen, für die sie zwei Schafe bekam. Sie wurde am neuen Ort gut aufgenommen und sagt nach einem Jahr: «Ich bin zufrieden und will mir eine neue Existenzgrundlage schaffen. Mit der Hilfsbereitschaft der Menschen hier blüht meine Familie auf.»

Ausbildungen und Arbeitsmöglichkeiten

Das vor zwei Jahren gestartete Projekt will 10 000 von Armut bedrohte Familien erreichen, davon 2000 intern vertriebene. Auch die ansässigen Bäuer*innen werden unterstützt. So können sie die ausgelaugten Böden regenerieren, geraten wegen des Klimawandels nicht in Not und müssen nicht Vorräte, Tiere oder Land verkaufen, was ihre Lebensgrundlagen zerstört. Dies fördert den sozialen Zusammenhalt, der durch den Mangel an produktivem Land gefährdet ist.

Neben nachhaltigen Anbaumethoden und der Förderung der Viehzucht ermöglichen wir auch die bezahlte Mitarbeit bei der Anlage von Reisfeldern und Gemüsegärten oder dem Bau von Ernte-Lagerhäusern, die zur Ernährungssicherheit beitragen. Insbesondere Frauen und Jugendliche profitieren davon. 2022 wurden mehr als 1200 Personen in landwirtschaftlichen Berufen ausgebildet und erhielten Vieh sowie Saatgut zum Start ihrer Produktion.

Sozialer Zusammenhalt

Um das gegenseitige Verständnis zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Binnenvertriebenen zu fördern, werden Radiosendungen ausgestrahlt und Theaterforen zum Thema organisiert. Im letzten Jahr wurde ein Tag der Gemeinschaften organisiert, der 800 Menschen aus 17 Gemeinschaften versammelte. Sie zeigten ihre Tänze und Bräuche und boten an Ständen typisches Essen an. «Wir haben viel über die Lebensweisen der verschiedenen Gemeinschaften gelernt», sagt Modibo Boly von der Gemeinschaft der Peulh. «Das hilft, einander besser zu verstehen.»

ABSCHOTTUNG UND PUSHBACKS

Im bosnischen Bihać warten Geflüchtete auf die Gelegenheit, über die Grenze nach Kroatien und somit in die EU zu gelangen. Solidar Suisse unterstützt sie mit Lebensmittel-Gutscheinen.

Text und Bild: Emir Fazlovic, Projektleiter in Bihać

Ich treffe Zlatan Porobic in den frühen Morgenstunden vor dem Büro unserer Partnerorganisation Women from Una in Bihać. Er überprüft, ob die Gutscheine und Hygienesets eingepackt sind. Unterdessen begrüsse ich Nevzeta Hodzic und Hana Music. Die drei bilden das mobile Team, das sich um Menschen kümmert, die auf der Suche nach Schutz und einem besseren Leben aus ihrer Heimat geflohen sind und nun an der bosnischen Grenze zu Kroatien festsitzen. Heute begleite ich die drei auf ihrer Tour.

Unerschütterlich und verzweifelt

Unser erstes Ziel ist ein behelfsmässiges Lager am Rand von Bihać. Junge Männer drängen sich in der Unterkunft aus Plastikblachen. Einer spricht englisch und erzählt, dass er aus Afghanistan stammt wie die meisten der Gruppe. Auf mich wirken die jungen Männer gleichermassen unerschütterlich wie verzweifelt. Unerschütterlich in ihrem Glauben an ein besseres Leben jenseits der nahen Grenze zu Kroatien, der letzten grossen Hürde zum Schengenraum. Und verzweifelt, wenn sie an ihre ferne Heimat und die Erfahrungen der letzten Monate zurückdenken. Von Zlatan Porobic weiss ich, dass sein Team immer wieder auf Flüchtlinge stösst, die aus Kroatien nach Bosnien und Herzegowina zurückgeschafft wurden, obwohl solche Pushbacks illegal sind. Zudem gibt es klare Indizien, dass die kroatische Grenzpolizei Migrant*innen verprügelt

und ihnen ihre wenigen Habseligkeiten abnimmt, auch Schuhe und Mobiltelefone. «Ich frage mich, wie die EU dies mit ihren Menschenrechtsverpflichtungen vereinbaren kann», sagt er.

Dann will er von den Geflüchteten wissen: «Habt ihr von unseren Gutscheinen gehört?» Einige nicken, und alle nehmen gerne einen entgegen. Damit können sie in den lokalen Supermärkten Essen und Hygieneartikel kaufen. Nevzeta Hodzic entdeckt drei Jungs von höchstens 16 Jahren. Sie meldet sie ihrer Kollegin, die für Unicef die Betreuung und den Schutz von Minderjährigen organisiert.

Hilfe ohne Bevormundung

Die Männer geben uns Hinweise zu weiteren aktuellen Aufenthaltsorten von Geflüchteten: leerstehende Garagen, baufällige alte Fabrikgebäude. Wir treffen auch auf leere Unterkünfte. Bei manchen wurden Esswaren deponiert, die vor sich hingammeln. Gut gemeinte Hilfe, die ihr Ziel verfehlt hat.

Unsere nächste Station ist der Busbahnhof. Wenn die Geflüchteten in Bosnien und Herzegowina ankommen, werden sie meist einige Tage in Aufnahmezentren in Sarajevo untergebracht, bevor sie ihre Reise nach Bihać und zur kroatischen Grenze fortsetzen. Im Bus aus Sarajevo sitzen 20 Migrant*innen. Hana Music erklärt ihnen, wo sich die zwei Aufnahmezentren befinden und an wen sie sich bei gesundheitlichen Problemen wenden können.

Die Geflüchteten, unter ihnen Familien mit Kindern, wirken erschöpft. Das mobile Team verteilt ihnen Gutscheine. Nach anfänglichem Misstrauen leuchten die Gesichter freudig auf.

Wir machen uns auf zu einem Supermarkt. Als ich die Geflüchteten bei ihrem Einkauf beobachte, wird mir bewusst, wie wichtig es ist, unter widrigen Umständen selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Auch wenn ich ihnen lieber eine sichere Ankunft im Zielland ermöglichen würde.

Zlatan Porobic (Mitte) erklärt Geflüchteten, wo sie die verteilten Gutscheine einlösen können.





Foto: zVg

«ES WAR WIE IM GEFÄNGNIS»

Benafsha Efaf ist sechs Wochen nach der Machtübernahme der Taliban geflohen und lebt nun in der Schweiz. Wir wollten von ihr wissen, wie sie die Aufnahme hier erlebt hat.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität

Sie sind Ende September 2021 aus Afghanistan geflohen, weil Sie als Mitarbeiterin der NGO Women for Afghan Women (WAW) auf der Todesliste der Taliban standen. Warum in die Schweiz?

Ich und meine Familie wurden mit etwa 170 weiteren Personen an die tadschikische Grenze evakuiert. In Kunduz kamen die Taliban und verhafteten fast alle Männer. Nach der Befragung liessen sie sie jedoch wieder frei und befahlen uns, nach Kabul zurückzukehren. Stattdessen gingen wir nach Mazar-e Sharif und warteten drei Tage, bis wir nach Tadschikistan fliegen konnten. Dort verbrachten wir weitere drei Tage auf dem Flughafen, denn viele Länder waren wegen Corona nicht bereit, uns einreisen zu lassen. Einzig Albanien akzeptierte uns als Gruppe, nahm uns jedoch nicht definitiv auf. Wir schlossen uns dann dem afghanischen Frauen-Radteam an, das in die Schweiz ging. Erst als wir nach zwei Wochen hier

ankamen, fühlte ich mich endlich sicher. Doch auch jetzt fürchte ich manchmal, ein Auftragsmörder der Taliban könnte mich erschiessen.

Für Ihre damals achtjährige Tochter war die Flucht sicher auch sehr schlimm.

Ja, ich werde nie vergessen, wie ihr ganzer Körper vor Weinen und Angst geschüttelt wurde. Sie träumt immer noch davon und sagt, sie hasse die Taliban.

Fühlen Sie sich in der Schweiz als Geflüchtete akzeptiert und willkommen?

Ja, ich fühle mich akzeptiert. Denn ich werde von Amnesty International unterstützt. Andere Geflüchtete werden nicht so gut behandelt. Aber ich habe mich auch schon diskriminiert gefühlt, weil die ukrainischen Geflüchteten bevorzugt werden. Ausserdem wird nicht akzeptiert, wie wir uns anziehen – ein Kopftuch etwa. Und ich kann nicht in meinem Beruf

als Anwältin arbeiten, weil meine Ausbildung nicht anerkannt wird.

Wie sehen Sie die Situation von Geflüchteten in der Schweiz?

Ich habe vorläufig Aufgenommene getroffen, die unter grossem Druck stehen; sie dürfen nicht arbeiten und ihre Situation ist äusserst unsicher. Im Flüchtlingslager in Zürich durfte ich während der «Nachtruhe» den Computer und das Internet nicht benutzen. Also habe ich einen Vorhang um mein Bett gespannt und dahinter gearbeitet. Da kam das Sicherheitspersonal und zerriss den Vorhang, den mir meine Mutter genäht hatte. Im Durchgangszentrum in Zug war es wie im Gefängnis. Ich habe mitbekommen, wie das Personal eine Bewohnerin fragte, woher sie das Geld für ihre neuen Schuhe hätte. Und als mich eine Mitarbeiterin von Amnesty besuchte, fragten sie mich, woher ich diesen Kontakt hätte.

WAW konnte nach der Machtübernahme der Taliban ihre Frauenhäuser nicht mehr betreiben, viele Angestellte sind geflohen. Wie geht es denen, die zurückgeblieben sind?

Die Aktivitäten für intern Vertriebene und Obdachlose wurden weitergeführt. WAW hat aber kaum mehr weibliche Angestellte. Wir hatten einen umfassenden Evakuationsplan und retteten sie alle. Viele von ihnen sind jetzt in Deutschland.

Was sollte die Schweiz tun, um die Frauen in Afghanistan zu unterstützen?

Den Frauen Stipendien anbieten und alle diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan abbrechen. Die Taliban müssen vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden. Wenn die Schweiz keine Frauen aufnimmt, akzeptiert sie indirekt, was in Afghanistan mit ihnen passiert.



Foto: Allianz gegen SLAPP

SCHWEIZER ALLIANZ GEGEN EINSCHÜCHTERUNGSKLAGEN

Auch in der Schweiz gehen Konzerne immer häufiger mit Klagen gegen Kritik vor. Seit 2018 gab es ein Dutzend solcher SLAPP (Strategic Lawsuits against Public Participation), also Klagen oder Klagedrohungen, mit denen Investigativjournalist*innen oder NGOs unter Druck gesetzt und unliebsame Berichte über Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung im Keim erstickt werden sollen. Häufig kann bereits die Androhung einer Klage diesen Effekt haben, da sich die Betroffenen teure Prozesse nicht leisten können. Mitte September wurde deshalb in Bern die Schweizer Allianz gegen SLAPP gegründet. Sie setzt sich für eine bessere Gesetzgebung ein, um missbräuchliche Klagen frühzeitig zu stoppen. Solidar ist Teil dieser Allianz. allianz-gegen-slapp.ch

NICHT WEGSCHAUEN, WENN MENSCHEN ERTRINKEN

Mehr als 28 000 Menschen sind seit 2014 im Mittelmeer ums Leben gekommen. Die Flüchtenden begeben sich auf seeuntauglichen Booten in Lebensgefahr, um Armut, Konflikten, Verfolgung und Klimawandel zu entgehen. Mit dem eiskalten Kalkül, dass weniger Menschen ankommen, rettet Europa die Menschen in Seenot nicht, sondern lässt sie ertrinken. Völkerrechtliche Verpflichtungen werden systematisch ignoriert. Seenotrettung ist eine notwendige Symptombekämpfung, solange die Politik keine menschenwürdige Antwort auf die Migrationsfrage gefunden hat. Deshalb unterstützt Solidar Suisse das Rettungsschiff von SOS Humanity, das in den letzten acht Jahren über 36 000 Menschen gerettet hat. solidar.ch/sos-humanity



Foto: Max Hirzel



Bild: Alliance Sud

KEINE KÜRZUNG AUF KOSTEN DES GLOBALEN SÜDENS

Wegen der vom Parlament beschlossenen Erhöhung der Militärausgaben und der zu strengen Auslegung der Schuldenbremse will der Bundesrat bei der Entwicklungszusammenarbeit für die ärmsten Länder sparen. Bereits das Budget für nächstes Jahr soll gekürzt werden. Vor allem aber will er aus den Rahmenkrediten für die internationale Zusammenarbeit 2025–2028 mindestens 1,5 Milliarden Franken für die Ukraine verwenden. Damit werden die Prioritäten in der internationalen Zusammenarbeit neu gesetzt. Die Ukraine braucht unsere Unterstützung, aber dies darf nicht auf Kosten des Globalen Südens geschehen. Vielmehr muss die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit ausbauen und ein eigenes Budget für die Ukraine schaffen.

AUF EXTREME ÜBERZEIT FOLGT DIE KÜNDIGUNG

Tiefe Löhne, massive Überstunden, kaum Pausen – Elektronikprodukte in Schweizer Läden werden unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellt. Die Detailhändler müssen mehr Verantwortung übernehmen.

Text: Christian Eckerlein, Kampagnenverantwortlicher, Grafik: Solidar Suisse

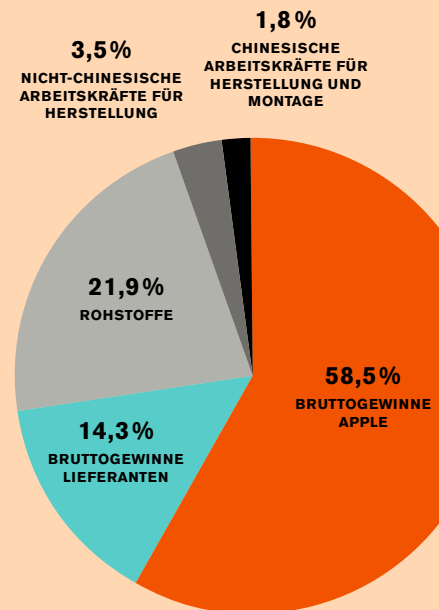
«Ich hatte zehn Yuan (1.25 Franken) Stundenlohn, und jeden Tag gab es obligatorische Überstunden. Nach drei Arbeitstagen erhielt ich eine Lohnkürzung, weil meine Arbeit den Zielen nicht genügte. (...) Mein Arbeitstag hatte 14 bis 15 Stunden mit nur einer halben Stunde Mittags- und Abendessenpause. Ich hatte keine Wahl, als zu kündigen. Jetzt reicht mein Geld nicht einmal mehr, um nach Hause zu fahren.» So und ähnlich berichten Arbeiter*innen in chinesischen Online-Foren über ihre Erfahrung an den Fließbändern der Elektronikfabriken. Obschon grosse Marken Teile ihrer Produktion in andere Länder wie Indien oder Vietnam verlagern, bleibt China (noch) der Hotspot für die globale Elektronikproduktion: 57 Prozent aller weltweit exportierten Smartphones und etwa die Hälfte aller Computer werden hier in Megafabriken mit bis zu 300 000 Angestellten gefertigt. Im Hinblick auf den Weihnachtsverkauf, der mit dem Black Friday eingeläutet wird, bedeutet dies Arbeitszeiten von 250 Stunden und mehr pro Monat.

Hohe Boni für exorbitante Pensen

Eine aktuelle Recherche von China Labor Watch im Auftrag von Solidar Suisse gibt Einblick in die Arbeitsrealität bei verschiedenen Fabriken, die Apple, Samsung, Sony, Huawei und Co. beliefern. Viele der aufgedeckten Probleme – tiefe Grundlöhne, extreme Überzeiten, die Ausnutzung von Praktikant*innen – sind hinlänglich bekannt. Neu ist jedoch, dass die Fabriken dazu übergegangen sind, den grössten Teil ihrer Arbeiter*innen temporär einzustellen, sogenanntes «Gig Manufacturing». Dabei locken Arbeitsvermittlungsgesellschaften mit hohen Boni für die Erfüllung exorbitanter Tages- und Wochenpensen. Dies führt dazu, dass Arbeiter*innen bis zur Erschöpfung arbeiten, denn bei Nichterfüllung entfallen die Prämien. Dank befristeter Verträge können sich die Fabriken der Temporärarbeiter*innen ohne Probleme entledigen, wenn die Aufträge abnehmen. Viele verlassen die Fabrik auch von sich aus, da sie die 12-Stunden-Schichten und das extreme Arbeitstempo nicht durchhalten.

Fließbandjobs in Elektronikfabriken sind gerade wegen der Boni teils begehrt. Doch sie sind Teil eines Arbeitsregimes, das vom Auf und Ab des globalen Elektronikmarktes geprägt ist und einzig und allein zum Ziel hat, möglichst viel Produktivität

Zusammensetzung der Kosten eines iPhones



zu möglichst geringen Kosten aus den Arbeitskräften herauszupressen.

Petition an Elektronikhändler

Unterhaltungselektronik gehört hierzulande am Jahresende zu den absoluten Verkaufrennern. Solidar Suisse wollte von den bekanntesten Schweizer Elektronik-Retailern wissen, wie es um die Produktionsbedingungen der angebotenen Tech-Gadgets steht. Denn bei Elektronikprodukten sucht man meist vergeblich nach Hinweisen zu sozialen oder ökologischen Kriterien. Unsere Umfrage zeigt, dass es grossen Nachholbedarf gibt. Kaum ein Unternehmen hat Richtlinien, welche die Probleme in der Elektronik-Lieferkette angehen, und wenn doch, lässt sich von aussen nicht überprüfen, ob sie eingehalten werden.

Deshalb fordern wir mit einer Petition Digitec, Microspot, Brack und Co. auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Sie müssen mehr unternehmen, damit die elektronischen Produkte in ihrem Angebot nicht unter Ausbeutung der Arbeiter*innen hergestellt werden. Lesen Sie unseren Report und unterschreiben Sie die Petition! solidar.ch

SEIT DREISSIG JAHREN VOLL ENGAGIERT

Im Juli reiste ein kleines Team um Solidar-Präsident Carlo Sommaruga nach Bolivien, um das 30-jährige Jubiläum von Solidar Suisse zu feiern. Und erlebte die nachhaltigen Auswirkungen unserer Arbeit auf die Gesellschaft hautnah mit.

Text: Sylvie Kipfer, Kommunikation Westschweiz, Foto: Solidar Suisse

Wenn eine Solidar-Vertreterin den Fuss auf bolivianischen Boden setzt, wird sie von Landeskoordinator Martín Pérez empfangen, der schon ungeduldig darauf wartet, einen Einblick in unsere Arbeit zu geben. Zuerst müssen wir jedoch hunderte von Kilometern zurücklegen, da die Projekte über 182 Gemeinden in den neun Departementen des Landes verteilt sind.

In Sacaba im Departement Cochabamba empfängt uns der Bürgermeister. Er präsentiert die Messe in der Gemeinde, an der junge Unternehmer*innen ihre Aktivitäten zeigen; Netzwerke begeisterter Jugendlicher beschreiben, welche Hindernisse sie bei der Arbeitssuche überwinden müssen. Die junge Mutter Ruth Cadima erzählt, wie es ihr gelungen ist, eine Stelle zu finden, von der sie leben kann. Währenddessen schläft ihr Baby an ihrer Schulter. Das Projekt, von dem sie unterstützt wird, trägt seinen Namen zu Recht: «Fuerza Joven» (Junge Kraft).

Die Stimme erheben

«Was sie uns in Bolivien voraushaben, sind diese Räume der Partizipation, in denen Jugendliche über ihre Bedürfnisse sprechen können», sagt Carlo Sommaruga. Obwohl der demokratische Spielraum im Land generell enger wird, entdecken wir Orte, an denen Forderungen gestellt, Bedürfnisse geäussert und Wünsche nach Veränderung laut und deutlich ausgesprochen werden. So treffen sich im Rahmen des Projekts «Vida digna sin violencia» (Ein würdiges Leben ohne Gewalt) junge und alte Aktivist*innen aus dem ganzen Land, um sich mit der Gewalt auseinanderzusetzen, von der in Bolivien sieben von zehn Frauen betroffen sind. Eine Gelegenheit für Erfahrungsaustausch, zum Beispiel zwischen einer Mutter von fünf Kindern, die von ihrem alkoholabhängigen Ehemann von einem Tag auf den anderen verlassen wurde, und jungen Frauen, die ein Projekt entwickeln, um Geschlechter-Stereotypen an ihrer Universität zu bekämpfen.

Aktuelle Herausforderungen meistern

Andere Projekte stellen sich weiteren Herausforderungen im Land: Sie wirken der Entwaldung entgegen, indem sie die nachhaltige Waldbewirtschaftung durch lokale Gemeinschaften fördern, oder ermögli-

chen es jungen Menschen, mit künstlerischen Aktivitäten ihre Anliegen einzubringen. Sie stärken die Kompetenzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und führen Sensibilisierungskampagnen durch. Alle Projekte sind miteinander verbunden und entfalten eine geballte Wirkung: ein Netzwerk von Akteur*innen des Wandels.

Der Schlüssel zum Erfolg ist ein engagiertes Team, das aus eigener Erfahrung weiss, was es heisst, mit einer unnachgiebigen Realität konfrontiert zu sein. Ein Team, das Carlo Sommaruga beeindruckt hat: «Es ist aussergewöhnlich, Menschen zwischen 22 und 65 Jahren zu sehen, die mit positiver Energie und gemeinsamen Werten zusammenarbeiten, um den sozialen Wandel trotz aller Hindernisse zu begleiten.» Solidar Suisse hat das Rüstzeug, um in Bolivien auch die Hürden der nächsten 30 Jahre zu meistern.

Ruth Cadima erzählt, wie sie es schafft, als alleinerziehende Mutter zu arbeiten.





TROTZ DES KRIEGES: KEINE RÜCKSCHRITTE BEI DER GLEICHSTELLUNG!

Svitlana Dubyna ist Geschäftsleiterin der Solidar-Partnerorganisation Vis im ukrainischen Vinnytsia. Ihre Arbeit in der Kriegssituation ist geprägt vom Engagement gegen genderspezifische Gewalt und Diskriminierung.

Text: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität, Foto: zVg

Vor 13 Jahren gründete Svitlana Dubyna in Vinnytsia die NGO Vis. Sie und ihre Mitstreiter*innen wollten etwas gegen die Verletzung der Menschenrechte von Frauen und die weitverbreiteten Genderstereotypen tun: «Sie werten Frauen ab, verletzen ihre Menschenrechte und richten grossen Schaden an», sagt die Aktivistin. Vis machte Kampagnen gegen Diskriminierung und vermittelte Jugendlichen, warum die tradierten Rollen nicht okay sind. «Wir arbeiten mit LGBTQ-Organisationen zusammen, denn Menschen, die nicht den Gendernormen entsprechen, werden in der Ukraine stark diskriminiert.»

Seit dem Beginn des Kriegs in der Ostukraine 2014 unterstützt Vis intern Vertriebene und integriert sie in ihre bisherige Arbeit. «Ein paar Frauen haben eine eigene Organisation gegründet, die nun ihrerseits intern Vertriebene unterstützt», erzählt Dubyna. «Auch die Hälfte unseres Teams sind intern Vertriebene.»

Viele Geflüchtete, zunehmende Erschöpfung

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine kamen über 180 000 Menschen nach Vinnytsia, einer Stadt

mit 380 000 Einwohner*innen. Viele zogen weiter Richtung Westen, andere blieben.

Die meisten intern Vertriebenen – über drei Viertel sind Frauen, oft mit Kindern – kommen aus Städten. Für sie gibt es auf dem Land kaum passende Jobs. «Deshalb unterstützen wir sie dabei, sich mit kleinen Unternehmen selbständig zu machen», sagt Dubyna. Denn der Mangel an Arbeitsstellen führt auch zu Spannungen. So ist die grosse Hilfsbereitschaft zu Beginn des Krieges zunehmender Erschöpfung gewichen.

Eine traumatisierte Gesellschaft

Vertriebene wie Ansässige sind häufig traumatisiert – von der Flucht, den Luftangriffen, den Fliegeralarmen. Letztes Jahr starben in Vinnytsia 26 Menschen und gut zweihundert wurden verletzt. Deshalb steht – neben Unterkünften und finanziellen Beiträgen – psychosoziale Unterstützung an erster Stelle der Arbeit von Vis. «In der Ukraine giltst du als verrückt, wenn du zur Psychologin gehst. Es ist nicht einfach, die Leute zu überzeugen, dass das okay ist», erzählt Svitlana

Svitlana Dubyna setzt sich dafür ein, dass die Binnenvertriebenen in Vinnytsia ein aktiver Teil der Gesellschaft werden.

Dubyna. Ein weiteres Problem ist, dass die meisten Geldgebenden nur die Vertriebenen unterstützen wollen. «Ich bin froh, dass Solidar Suisse einverstanden ist, dass wir auch Ansässige integrieren. Zudem erhält das Team Unterstützung.» Dass die 13 Vis-Mitarbeiterinnen nicht ausbrennen, sieht sie als eine ihrer Hauptaufgaben als Geschäftsleiterin.

Für Dubyna ist neben der Sicherheit die grösste Herausforderung, dass die Ressourcen fehlen, um allen zu helfen. «Immerhin konnten wir dank Solidar unsere Unterstützung auf die ländlichen Regionen rund um Vinnytsia ausdehnen und auch finanzielle Beiträge leisten.»

Genderspezifische Gewalt

Svitlana Dubyna befürchtet, dass genderspezifische Gewalt durch die Militarisierung der Gesellschaft zunimmt. «Es wird kaum über Gewalt gesprochen. Die Männer gelten als Helden, weil sie gegen die Russen kämpfen. Gewalt wird oft mit ihrer Traumatisierung entschuldigt.»

Ihr ist es wichtig, Rückschritte bei der Gleichstellung, wie sie nach Kriegen häufig geschehen, zu verhindern. Deshalb bereitet sich Vis auf die Nachkriegssituation vor: «Die ehemaligen Soldaten werden psychosoziale Unterstützung brauchen, damit sie nicht zu Tätern werden.» Auch die Verständigung zwischen Zurückgebliebenen und Rückkehrer*innen sieht sie als Herausforderung: «Die Leute lebten in verschiedenen Welten, und es ist nicht einfach, die unterschiedlichen Erfahrungen zu verstehen und zu respektieren.» Ihr persönlicher Traum ist, «dass wir nicht mehr in Deckung rennen und bei jedem Anruf befürchten müssen, dass eine nahestehende Person nie mehr zurückkehren wird.»



Podium zu sexualisierter Kriegsgewalt

Svitlana Dubyna erzählt an einem Solidar-Podium von ihrer Arbeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt in der Ukraine. Moderiert von Anja Conzett, Reporterin von Das Magazin, diskutiert sie mit Maria Zemp, Trauma-Fachberaterin und internationale Trainerin, und Vera Haag, Leiterin Humanitäre Hilfe bei Solidar Suisse. Im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt» am 30. November, 19.30 Uhr im Volkshaus Zürich. solidar.ch/agenda

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Geflüchtete nicht gegeneinander ausspielen

In der Ukraine hat der russische Angriffskrieg mehr als elf Millionen Menschen in die Flucht geschlagen. Fast die Hälfte von ihnen hat in einer anderen Region der Ukraine Schutz gesucht.

Es geht mir sehr nahe, was Svitlana Dubyna, die Leiterin der Solidar-Partnerorganisation Vis, erzählt. Ihre Stadt Vinnytsia hatte etwa so viele Einwohner*innen wie Zürich, und plötzlich standen da 180 000 geflüchtete Menschen, davon drei Viertel Frauen mit Kindern. Allen wurde geholfen, was für eine Solidarität! Aber Vinnytsia kann das nicht allein stemmen. Solidar Suisse unterstützt deshalb die Vis-Projekte für Binnenvertriebene.

Auch die Schweiz ist solidarisch mit der Ukraine. Sie will allerdings die notwendigen Mittel für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau aus dem Budget für internationale Zusammenarbeit entnehmen, also aus den Geldern, die eigentlich den ärmsten Menschen der Welt in Afrika und Asien zugutekommen sollten.

Während die Schweiz für die Ukraine 1,5 Milliarden Franken bereitstellt, erhält Burkina Faso gemäss aktuellem Budget für denselben Zeitraum nicht einmal einen Zehntel davon, nämlich lediglich 120 Millionen Franken. Dabei leben in Burkina Faso, einem der 15 ärmsten Länder der Welt, derzeit über zwei Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte innerhalb des Landes vertrieben wurden.

Keine Frage, es ist wichtig, dass die Schweiz Solidarität zeigt. Die notwendigen Mittel für die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau in der Ukraine müssen jedoch zusätzlich zur Verfügung gestellt und keinesfalls von der Hilfe für die am meisten Benachteiligten abgezogen werden. Jede andere Lösung ist schlicht unwürdig für eines der reichsten Länder der Welt, das sich bei jeder Gelegenheit auf seine humanitäre Tradition beruft.

		6			7	8		
			2	4				
	3	9				4		2
7				5				
		1	8		9	5		
				3				8
5		8				2	4	
				9	2			
		3	4			6		

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=G, 2=O, 3=U, 4=S, 5=E, 6=R, 7=T, 8=N

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Eine Tasche aus El Salvador
- 2. Preis** Ein Münzportemonnaie des Women Crisis Center in Kambodscha
- 3. Preis** Ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien

Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2023. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Solidarität 1/2024 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 3/2023 lautete «Perspektiven». Hans Jörg Bachmann aus Hinterkappelen hat ein T-Shirt des Frauentreffens für das Leben aus El Salvador, Christof Arthus aus Chexbres ein Täschchen aus dem Women Crisis Center in Kambodscha und Regula Brassel aus Bern ein Tuch des Netzwerks gegen Gewalt in El Salvador gewonnen.

Lösung:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Die Botschaft

Zürich und Lausanne am solidarischsten

Die Botschaft, 26.8.2023

Zürich, Lausanne und Illnau-Effretikon zeichnen sich als solidarischste Gemeinden der Schweiz aus, wenn es um nachhaltige Beschaffung und Entwicklungszusammenarbeit geht. Dies geht aus einer Rangliste von Solidar Suisse hervor. Mit 16 Milliarden Franken haben die Schweizer Gemeinden einen direkten Einfluss auf die globalen Produktionsketten und die Bedingungen der Arbeitenden, wie die NGO mitteilte. Die Bewertung basiert auf einem von den Gemeinden ausgefüllten Fragebogen, in dem es unter anderem darum geht, ob es Richtlinien gibt, die soziale und ökologische Kriterien beinhalten, wie nachhaltige Beschaffung organisiert wird, ob Transparenz herrscht und ob Beiträge an Projekte der Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden. Mit 63 von 70 möglichen Punkten belegt Zürich den ersten Platz, gefolgt von Lausanne (61 Punkte), Illnau-Effretikon (57), Bern (57) und Basel (55).



Solidar Suisse zeichnet fünf Berner Gemeinden aus

BärnToday, 25.8.2023

Zehn Schweizer Gemeinden werden von Solidar Suisse für nachhaltige Beschaffungspraktiken und ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit ausgezeichnet. Darunter sind gleich fünf Gemeinden aus dem Kanton Bern. (...) Die Stadt Bern ist die Kantonsbeste und befindet sich mit 57 von 70 Punkten auf Platz vier der gesamtschweizerischen Rangliste, in der Deutschschweiz ist sie auf Platz drei. (...) Gemeinden im weiteren Umkreis von Bern schneiden ebenfalls sehr gut ab. Dazu gehören Worb, Köniz, Moutier und Münsingen. Im Mittelfeld befinden sich Gemeinden wie Zollikofen und Zweisimmen. Die Stadt Bern stelle ihr Know-how den Gemeinden im Kanton zur Verfügung und erteile auf Wunsch auch konkrete Unterstützung. So trägt die Stadt laut Mitteilung direkt dazu bei, nachhaltige Beschaffungspraktiken zu etablieren.



Nach Zürich und Lausanne kommt schon Illnau-Effretikon

Landbote, 25.8.2023

Global denken, lokal handeln – alle drei Jahre untersucht Solidar Suisse, inwiefern Schweizer Städte und Gemeinden ihre Beschaffungspraxis auf soziale Nachhaltigkeit ausrichten und sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Ob Gemeindefahrzeuge, Bürotische oder Putzmittel: Ziel der Non-Profit-Organisation ist es, die öffentliche Hand für ihre Verantwortung beim Kauf zu sensibilisieren, damit sie künftig verstärkt die sozialen und ökologischen Auswirkungen berücksichtigt. Am Donnerstagabend überreichte Solidar-Suisse-Geschäftsleiter Felix Gnehm in Zürich die Preise für die zehn besten Gemeinden der Deutschschweiz. (...) Mit 57 von insgesamt 70 Punkten am besten in der Region schloss Illnau-Effretikon ab. Die Stadt erreichte nach Zürich (63 Punkte) und Lausanne (61 Punkte) überraschend den dritten Platz.

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten. Hier ein paar konkrete Vorschläge.

Quiz zu Menschen auf der Flucht

Welches Land hat am meisten Geflüchtete aufgenommen und anerkannt? In welchem europäischen Land befinden sich im Verhältnis zur Bevölkerung am meisten Asylsuchende? Wie viele Male wurde das Asylgesetz in der Schweiz verschärft? Testen Sie Ihr Wissen zum Umgang mit Geflüchteten in der Schweiz und anderswo.



ZUM QUIZ
solidar.ch/quiz

Unterstützen Sie Geflüchtete weltweit

Solidar Suisse hilft Menschen, die vor Konflikten und Katastrophen flüchten mussten, bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind. Sei es im grössten Flüchtlingslager in Bangladesch, beim Schulbesuch in Pakistan, in der Ukraine oder bei der Suche nach Perspektiven in Bosnien. Herzlichen Dank für Ihre Spende!



SPENDEN
solidar.ch/gefluechtete

Bewusster Konsum von Elektronik

Es gibt keine vertrauenswürdigen Labels, aber ein paar Möglichkeiten, nachhaltiger zu konsumieren: Behalten Sie Ihr Smartphone länger bzw. reparieren oder recyceln sie es; kaufen Sie ein wiederaufbereitetes Gerät statt das neueste iPhone; geben Sie nachhaltigen Herstellern wie Fairphone oder Shiftphone den Vorzug; fragen Sie im Geschäft oder online nach den Herstellungsbedingungen – und unterschreiben Sie unsere Petition.



MITMACHEN
solidar.ch

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, solidar.ch
IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Benjamin Gross, Sylvie Kipfer, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, alingui
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Mattenbach AG, Technoramastrasse 19, 8404 Winterthur
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,

Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltschonendem Recyclingpapier.

Rückseite Unterschreiben Sie unsere Petition für faire Arbeitsbedingungen in der Elektronikbranche. Bild: Spinas Civil Voices

DANKE!


*****CK**
FRIDAY
PETITION

**Die Elektronikbranche muss
Verantwortung übernehmen!**

Ob Computer, Handy oder Flatscreen: Die meisten Elektronikgeräte, die wir in der Schweiz kaufen, werden in China hergestellt. Eine neue Studie von Solidar Suisse zeigt, dass dabei tiefe Löhne und massive Überstunden an der Tagesordnung sind. Schweizer Retailer wie Digitec, Brack oder Interdiscount unternehmen wenig, um sicherzustellen, dass die von ihnen verkauften Produkte nicht unter Ausbeutung der Arbeiter*innen hergestellt werden. Wir fordern sie deshalb auf, Transparenz zu schaffen und für faire Arbeitsbedingungen in ihrer Lieferkette zu sorgen. Unterschreiben Sie unsere Petition!



solidar.ch